

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Alle unverlangt eingelegte Manuskripte über- nimmt die Redaktion ohne Verantwortung.

Verleger: Rudolf Wolff in Berlin, Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

# Eustangriff gegen die Stadt Paris.

Künftig. Großes Hauptquartier, 31. Januar. Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Geschützstellung dieses an Artillerie und in einem weitaus größeren Maße an verschiedenen Stellen der Front beschränkt.

Am Weihnachtsabend und im Laufe des Januar haben unsere Gegner trotz unserer Warnung wieder offene deutsche Städte weit außerhalb des Operationsgebietes angegriffen.

Danz unferer Abwehrmaßnahmen traten nennenswerte Verluste und Schäden nicht ein.

Zur Strafe wurde die Stadt Paris im ersten planmäßigen Eustangriff in der Nacht vom

30. zum 31. Januar mit 14 000 Kilogramm Bomben belegt.

### Italienische Front.

Schwedisch von Alasso Scheiterte ein italienischer Angriff im Fenne.

Die Zahl der von den österreich-ungarischen Truppen in den letzten Kämpfen gemachten Gefangenen hat sich auf 18 Offiziere und 660 Mann erhöht.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister. (M. L. B.)

## Ein Jahr „uneingeschränkter“ U-Boot-Handelkrieg.

von [Redaktion vorbehalten] L. Persius, Kapitän zur See a. D.

Am 1. Februar vor einem Jahre begann der sogenannte „uneingeschränkte U-Boot-Handelkrieg“. Viel wurde in dem hinter uns liegenden Jahre über die Zweckmäßigkeit der U-Boot-Kriegsführung im Handelskrieg in Wort und Schrift gestritten. An dieser Stelle wurde bis Ende des Jahres 1916 verhandelt, freimütig die Gedanken zu äußern, die eigener Überzeugung gemäß gegen die verschärfte Kampfmethodik sprachen. Von dem Augenblick jedoch an, da sich die Oberste Kommandoleitung, jedenfalls doch nach sorgfältiger Erwägung des für und wider, die Aufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges entschieden, war es selbstverständlich, daß nun auch hier dieser Standpunkt als nachgebend gelten mußte. Pflicht und Gewissen sprachen aber zugleich vor, den Zeitgedanken malten zu lassen, daß im Interesse der Volkstimmung vor jedweder übereinstimmenden Hoffnung auf raschen Erfolg zu warnen sei. Kaufmänner, wie L. B. die des Staatssekretärs Dr. Zimmermann Februar 1917 in der Unterredung mit dem Berliner Korrespondenten des „A. B. C.“ — „Der Krieg wird dieses Jahr beendet werden, unsere U-Boote werden das befürchten, unser Vorkriegsleben ist unerträglich, denn nur dadurch kann der Krieg in diesem Sommer beendet werden“ — fanden daher Verurteilung. Auf der anderen Seite aber wurde unentwegt das Vertrauen nachgehalten, daß unter der Voraussetzung der sich ständig an Zahl und Leistungsfähigkeit hebenden U-Boot-Masse an dem endlichen Erfolg der U-Boote im Handelskrieg bei genügend langer Dauer des Krieges nicht gewweifelt zu werden brauche. Das geschah auf Grund des Urteils der Obersten Kommandoleitung, die L. B. noch wieder im November vorigen Jahres durch den Mund des General Ludendorff — Interview Dr. Paul Goldmann — erklärte. „Der U-Boot-Krieg war richtig, er hat gelehrt und leitet weiter, was wir von ihm erwarten haben.“

Die Beistimmung der U-Boote in der Herbeiführung von Handelskrieg begann schon geraume Zeit vor dem 1. Februar 1917. Am 20. Oktober 1914 wurde das erste Handelskriegsschiff, der britische Dampfer „Oltira“, durch „U 17“ versenkt. Dieser Vorfall folgte bald weitere. Am 4. Februar 1915 erging dann vom Admiralstab die Befehlsmachung, daß vom 18. Februar an die Gewässer rings um Großbritannien und Irland herum als Kriegsgebiet erklärt würden.

Bis zu jenen Tagen galt der gesamte Handelskrieg als ein völlig nebensächliches Mittel der Seekriegsführung. Die autoritative Meinung lautete dahin, daß der Vernichtung von Handelskriegsschiffen nur eine ganz untergeordnete Rolle für den Ausgang jeden Krieges zukommen dürfte. Im besonderen war vor dem Kriege der Gedanke nur wenigen gekommen, daß U-Boote als Handelskriegsmittel auftreten könnten. In Deutschland war es der Vizeadmiral a. D. Friedrich v. Schleich, der im August 1908 der „Deutschen Revue“ auf den Wert der U-Boote im Handelskrieg hinwies. Damals erkreute sich die U-Boot-Waffe in Deutschland noch sehr geringer Beliebtheit. Die „Athenischen Blätter“ schrieben im Jahre 1901:

„Gelegentlich aber, man würde in die Lage kommen, durch Gott weiß welche, heute noch ganz unheimliche, neue Erfindungen ein brauchbares Unterseeboot zu konstruieren, dem würde man immer noch vor der Frage stehen, was man mit dem Ding in der Zukunft tun will unter dem Namen U-Boot.“ Jeder gewiegte, kühnere Seemann oder Seemann, der sich diese Frage stellt, wird stets zu dem Schluß kommen: daß kein mit dem Ding unter Wasser nichts anfangen. Betrachten wir mal die Leute, welche sich mit dem Bau von U-Booten beschäftigt haben: es sind alle Dilettanten, Autodidakten, graben Schuler und Schneider. Sie sind sich ein klügerer Ingenieur, der die Naturgesetze kennt, mit solchen Dummheiten beschäftigt. Da man aber eine gewisse Art von Menschen nie alle wird, so wird der Bau des U-Bootes auch noch auf ewige Zeiten lächerliche Dummheit bleiben.“

Reben dieser etwas zurückgegangenen Auslassung soll auch eine aus neuester Zeit herangezogene Notiz. Am 6. Juni 1914 hieß es in einem Artikel der „Post“, der sich mit dem britischen Admiral Scott's seherischen Äußerungen über den Wert des U-Bootes und den Unwert des „Dreadnought“ beschäftigte, unter dem Titel „Keine Seeschlacht mehr?“

„Die U-Boote eignen sich vorzüglich zur Verteidigung und Offensivführung von Ein- und Durchfahrten, und sie können unter besonders günstigen Bedingungen dieselben einmündig in einer Schlacht verwendet werden. Damit ist ihre Wirkungsmöglichkeit heute aber auch bereits erschöpft, und wenn man hinanzumutet, daß sie sich gegenwärtig doch nur mit Östern und Sägen in die schwerere offene See hinauswagen, daß sie also keinerlei wirkliche Bedeutung besitzen, und daß sie fernhin wegen ihrer geringen Aktionsradius zurzeit immer noch darauf angewiesen sind, an den Küsten entlang zu lauern, so ist damit schon ihre Beschränkung wie getrost der Gedanke des britischen Admirals ist. Wenn Sir Percy Scott mit seinen U-Booten, denen jeder Handelsdampfer von halbwegs anständiger Maßstableistung ausbreiten kann, wirklich Englands Seeherrschaft lähmen will, dann Gnade ihr Gott!“

In England ergreift sich vor dem Ausbruch des Krieges neben dem erwähnten Admiral Scott der bekannte Heroldsholmes-Grafiker Conan Doyle durch seine Vorlesungen hinsichtlich der Verwendung von U-Booten im Handelskrieg manches Aufsehen. Sir Percy Scott ließ am 5. Juni 1914 in den „Times“ einen Brief erscheinen, der sich mit der Be-

## Der Streit und die politische Situation.

Im heutigen Morgenblatte haben wir die Ansicht eines führenden Reichstagsabgeordneten über die Folgen wiedergegeben, die der Streit, und besonders die Einnahme der alten Sozialdemokratischen Fraktion für die parlamentarische Situation haben könnte. Der Abgeordnete, der zur fortwährenden Volkspartei gehört, führte aus, die Rolle, die bei dem Streit die sozialdemokratischen Fraktionsführer übernommen hätten, könnte ein Zusammenbruch der jetzigen Reichstagsmehrheit verursachen. Wir glauben, daß die leitenden Persönlichkeiten der Reichspartei in diesem Augenblick nur das Ziel haben werden, nach allen Seiten hin verständig zu wirken und so ihrerseits nicht nur zu einer schnellen Beilegung des Streits, sondern auch zu einer dauernden Beilegung der Gemüter beizutragen, und daß alle anderen Fragen jetzt ausgeschaltet werden sollten. Für ganz verehrt würden wir es halten, wenn man, gebührt durch gegenseitige Stimmungen, sich dazu bereit lassen wollte, jene Reichspolitik, die immerhin zu Errungenschaften in fortwährendem Sinne geführt hat, aufzugeben und so den höchsten Wunsch der lauernden Reaktion zu erfüllen, und nur sich überzeugt, daß die Aufkündigung auch bei den nichtsozialdemokratischen Reichsparteien vorliegt.

Die Führer der alten sozialdemokratischen Fraktion haben erklärt, sie hätten sich mit dem Streit nur in dem Wunsche und aus der Notwendigkeit heraus befaßt, die Arbeiterschaft nicht anarchischen Elementen auszuliefern. Die Parteileitung habe, ebenso wie die Gewerkschaften, mit der Ausnahmestellung nichts zu tun, sie habe nur, aus dem eben genannten Grunde, die Abgeordneten Schreinemann, Ebert und Braun zu den Streikenden entsandt. Diese Abgeordneten haben dann am ersten Tage verhandelt, sich mit dem Staatssekretär des Innern Herrn Walltraff in Verbindung zu setzen und vermittelnd zu wirken, und dieser Versuch ist an dem Widerstand des Herrn Walltraff, auch mit den Vertretern der Streikenden politische Fragen zu besprechen, gescheitert. In der ganzen konfessionellen und alldeutschen Presse ist dieses Verhalten des Staatssekretärs sehr getadelt worden — wir möchten in diesem Augenblick jede Erwörterung über diese Angelegenheit vermeiden, die ja nach Meinung des Ausstehenden wahrscheinlich eingehend besprochen werden wird. Es ist im übrigen wohl anzunehmen, daß Ebert und Schreinemann, denen es ja an politischer Erklärung nicht fehlt, sich keinerlei Anklagen hinlegen lassen, daß diese Angelegenheiten abvernahmen. Sie müssen wissen, daß diese Ausnahmestellung, ganz abgesehen von dem Schaden, den sie nach außen hin anrichten können, auch im Innern zu Resultaten führen könnte, die dem erstrebten Ziele absolut entgegengekehrt sind. Wer die Blätter liest, in denen die Schamlosigkeit aller Art ihre Wurzeln hat, ist, auch wenn er sonst die Augen verzieht, genötigt, beiseite. Die sozialdemokratischen Parteiführer müssen jeden politischen Sinn verloren haben, wenn sie nicht auf das dringendste wünschen sollten, der Ausnahmestellung schnell einen verbindlichen Abschluß zu geben. Die Bewegung schnell einer verbindlichen Entscheidung, aus denen der Streit entspringt, müssen beiläufig werden, aber ebenso muß jeder Verdächtige den Streit selber abbrechen, der den friedlichen nicht überlebt, sondern nur Trost und alle schauwunderlichen Kriegspredigten der Entenländer stärkt. Ein Zerfall der Reichstagsmehrheit aber würde — niemand kann sich darüber täuschen — für die ganze weitere Entwicklung der Dinge nur eine neue schwere Schädigung, und mehr als nur eine Schädigung, sein. So entziehen man gegen den Streit Stellung nehmen mag, so sehr wird man sich hoffentlich davor hüten, vorzeitig, unter den Eindrücken des Augenblicks, eine Bahn zu betreten, von der es dann schwer eine Rückkehr gibt. Die Reichsparteien haben zwei politische Klugheit gezeigt, und durch diese Klugheit zuviel erreicht, als daß man glauben könnte, sie würden nicht, solange es irgend möglich ist, die Grundregeln bewahren, auf denen ihre bisherigen Erfolge beruhen. Heute wird der Vizekanzler Herr v. Baher in Berlin erwartet — er ist der gegenseitige Mittelmann, und man muß hoffen, daß er genug Einfluß haben wird, um sich nach allen Seiten hin Gehör zu verschaffen, und

daß er, als seine erste Amtstat, in Güte diesen Konflikt beenden wird. (Vgl. Seite 2).

## Plenaritzung in Brest-Litowsk.

Erklärung Trojts über den Friedensschluß mit der Ukraine. — Die beiden konkurrierenden Regierungen von Kiew und Charlow.

Das M. L. B. veröffentlicht aus Brest-Litowsk vom 30. Januar einen eingehenden Bericht über die gestrige Plenaritzung der Friedenskonferenz, aus dem wir folgendes hervorheben: Herr Trojts gab eine Erklärung über die Einziehung von zwei Mitgliedern der ukrainischen Volkspartei in die russische Delegation ab, wozu bereits förmlich Mitteilung gemacht worden sei. Das ganze Kabinett des Donjag-Regiers, das ganze Berggorodgebiet von Jastzerinoflan und die Gouvernements Charow und Poltawa seien in der Gewalt der ukrainischen Sowjets. In den anderen Teilen der Ukraine wolle die Macht der Sowjets und gebe der Einfluß der Kiewer Rada stetig zurück. Am Tage der Abreise Trojts aus Petersburg sei auf diesem Projekte aus Kiew gemeldet worden, daß der Kiewer Generalsekretariat zurückgetreten sei. Welche Stellung die Kriege in der Kiewer Regierung gefunden habe und welchen Einfluß sie auf die Delegation des Herrn Golubowicz ausüben werde, ist noch nicht bekannt, doch geht aus dem Dargelegten jedenfalls hervor, — daß ein mit der Delegation des Kiewer Sekretariats abgeschlossener Frieden unter den augenblicklichen Verhältnissen keinesfalls bereits als ein Frieden mit der ukrainischen Republik angesehen werden könne.

Jetzt, wo in Petersburg der allrussische Kongreß der Räte der Arbeiter, Soldaten- und Bauerndeputierten auf dem auch die ukrainischen Sowjets vertreten seien und wo einmütig föderative Grundlagen für die russische Republik geschaffen worden, entzweige die Aufnahme von Vertretern des ukrainischen Volkspartei in die hiesige russische Delegation durch den Zustand, die in der russischen Republik herrschen. Wenn die Delegation des Herrn Golubowicz nach wie vor ein Mandat des Kiewer Sekretariats habe, so erbehe seine Delegation keinen Einpruch gegen deren fernere Teilnahme an den Friedensverhandlungen. Jedoch aber könnten nur solche mit der Ukraine getroffenen Abschnitten anerkannt werden, welche durch die Regierung der föderativen Republik Rußland ihre formelle Bekräftigung finden.

Hierauf erklärte der in Brest-Litowsk zurückgebliebene Vertreter der ukrainischen Volkspartei, Herr Semjtschki, die Einnahme der Delegation zu der Erklärung des Vertreters des Rates der Volkspartei sowie zu der Frage der Zugehörigkeit von Vertretern der Eibot Charlow zu der russischen Delegation bleibe bis zum Wiedereintreffen der ukrainischen Abordnung vorbehalten.

Staatssekretär von Rühlmann erklärte, daß er im Namen der Verbündeten beklagte, die Erklärung über die Darlegungen Herrn Trojts bis nach Eintreffen der Delegation der Kiewer Rada aufzuschieben. Die Lage schiene ihm für die Zeit, daß das Verhalten einer freien ukrainischen Volkspartei auf von keiner Seite in Frage gestellt werde, daß aber

### zwei konkurrierende Abwehrkräfte

behaupteten, berechtigt zu sein, international eine freie ukrainische Volkspartei zu vertreten. Die verbündeten Delegationen würden diese wichtige Frage mit Orbnlichkeit prüfen.

Herr Trojts erwiderte, die Frage, welche der beiden Organisationen das Recht habe, endgültig über die Wünsche der ukrainischen Republik zu sprechen, werde nach dem Ergebnisse des Kampfes zwischen den beiden Organisationen zu entscheiden sein. Minister des Inneren Graf Gornen erklärte, sich der von Staatssekretär v. Rühlmann ausgeprochenen Ansicht anzuschließen. Da er es jedoch nicht beanstanden hätte, würde die Zeit unruhig verstreichen zu lassen, so möchte er anregen, daß inzwischen die Kommission für territoriale Fragen ihr Verhalten wieder erwache.

Diesem vom Grafen Gornen ausgeprochenen Wunsch schloß sich Herr Trojts an. Er kam dann auf den oft erwähnten unrichtigen Bericht der Petersburgers Telegraphenagentur zu sprechen und sagte: In dieser Sache habe er jetzt in Petersburg eine Untersuchung vornehmen lassen in der hoffentlich werden sei, daß die Petersburgers Telegraphenagentur ein solches Telegramm überhaupt nicht abgeschickt habe. Wie dieses Mißverständnis entstanden sei, vermag er nicht nachzuprüfen. Es überlasse es den daran interessierten Stellen, dies festzustellen.





